

Juni 2007

[KAS-Länderberichte](#)[Homepage KAS](#)

Vorschläge für den demokratischen Wandel auf Kuba

Ein Bericht zur Kuba-Konferenz in Miami, 23. und 24.

Juni 2007

Die vier kubanischen Mitgliedsparteien der christlich-demokratischen Dachorganisation Lateinamerikas ODCA (Movimiento Cristiano Liberación; Proyecto Demócrata Cubano; Partido Demócrata Cristiano de Cuba; Directorio Democrático Cubano) hatten eingeladen und ein breites Spektrum der demokratischen Opposition war dem Ruf nach Miami gefolgt: Zwei Tage lang wurden in der Florida International University Vorschläge und Perspektiven diskutiert, wie sich der demokratische Wandel auf der Insel gestalten und beschleunigen lässt. Zuschaltungen kubanischer Demokraten aus Kuba selbst lieferten ein eindrucksvolles Zeugnis über die Lebendigkeit der Freiheitsidee dort – trotz nun fast fünfzigjähriger totalitärer Herrschaft der Castro-Brüder.

Schon in seinem Eingangsstatement machte der ehemalige Präsident Guatemalas, Vinicio Cerezo deutlich, dass die Diktatur auf Kuba über den Einzelfall hinaus Bedeutung hat, für Lateinamerika und die Welt. In Lateinamerika, so Cerezo, drohe sich derzeit die leidvolle Geschichte zu wiederholen. Aus eigener Anschauung von Militärdiktatur und Bürgerkrieg wisse er, wie sich die Isolierung eines Landes auf die Mentalität der Bevölkerung auswirke und wie schwer hier verlorene Zeit aufzuholen sei.

Eduardo Fernandez, früherer Präsidentschaftskandidat der venezolanischen COPEI und Vizepräsident der ODCA für die Andenländer, rief vor allem die demokrati-

schen Parteien und die jeweilige Opposition auf, es nicht bei einer Anti-Haltung zu belassen, sondern mit eigenen, konstruktiven Zukunftsperspektiven den Dialog mit der Bevölkerung zu suchen. Gerade die Christdemokratie habe hier starke und aktuelle Botschaften. Diese müssten aber auch „in die Fläche“ getragen werden: hier könne man von den kubanisch inspirierten Chávez-Initiativen wie „barria adentro“ durchaus lernen. Allerdings hätten auch die Medien ihren Anteil bei der Installierung populistischer Regime, wenn sie nämlich durch unangemessene Berichterstattung demokratische Politik, Parteien und Verfahren diskreditierten. Auch dafür sei Venezuela ein Beispiel. So gesehen sei die Schließung von *Radio Caracas Televisión* durchaus auch ein „Akt groben Undanks“ seitens des Präsidenten. Für Venezuela und Kuba sei klar: es gibt keine Lösungen über Nacht! Entsprechende Erwartungen müssten gedämpft werden, um Enttäuschungen zu vermeiden. Es gäbe keine Alternative dazu, eine demokratische Kultur von unten aufzubauen und langfristig an ihr zu arbeiten. Leider aber sei gerade das Vertrauen der Lateinamerikaner in „magische Entscheidungen charismatischer Führer“ auch durch schlechteste Erfahrungen scheinbar kaum zu erschüttern.

Suche nach „demokratischen und friedlichen Lösungen“

Breiten Raum nahmen in Miami Überlegungen ein, wie der demokratische und vor allem friedliche Übergang auf Kuba gestaltet werden könne. Einig waren sich die Teil-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Landesbüro in Mexiko

Frank Priess

Juni 2007

[KAS-Länderberichte](#)

[Homepage KAS](#)

nehmer, dass Wege dazu in jedem Falle über den Dialog aller Beteiligten führen müssen, verbunden mit der Bereitschaft zur Aussöhnung und Aufarbeitung der Vergangenheit. Ein zentraler Faktor dabei wird sicher die junge Generation, schließlich ist ein Großteil der Kubaner auf der Insel und im Exil mittlerweile nach der Revolution von 1959 geboren. Brücken zu bauen fällt ihr möglicherweise leichter als den unmittelbaren Zeitzeugen, deren schmerzliche Erinnerungen an Gewalt und Ungerechtigkeit kaum verblassen.

Bei der Wahl der Mittel dazu schilderte der venezolanische Professor José Vicente Carrasquero die Erfahrungen mit dem Referendum zur Abwahl von Hugo Chávez, das chilenische und das spanische Beispiel des friedlichen Übergangs von Militärdiktaturen zur Demokratie spielte eine Rolle, der kolumbianische Geistliche Leonel Narvaes von der *Fundación para la Reconciliación* berichtete von der Reintegration bewaffneter Gruppen Kolumbiens ins zivile Leben. Soziale Traumata, die in langen Zeiten der Gewalt entstanden seien, ließen sich nicht so leicht überwinden, sagte Narvaes, Bindungen an eine solche Vergangenheit aber stünden oft dem Gewinn der Zukunft entgegen. Wichtig sei der „Vierklang“ von Wahrheit, Gerechtigkeit, Interessenausgleich und Zukunftsvereinbarungen. Es gäbe zwar auch Verzeihung ohne spätere Aussöhnung, umgekehrt aber sei Aussöhnung nur denkbar, wenn vorher „pardon“ gegeben werde. In Kolumbien habe man mit regelrechten „Aussöhnungslaboratorien“, die den Betroffenen die Katharsis erleichterten, gute Erfahrungen gemacht. Auch der Prozess der Aussöhnung nach dem Ende der Apartheid biete sich für aktuelle Fälle wie Kuba an: Hier sei sogar die Justiz der Wahrheit geopfert worden. Gerade für Christen und Christdemokraten sei ein solcher Weg zwingend, der Verzicht auf Rachedgedanken unverzichtbar.

Eindrucksvolle Stimmen der Demokratie

Eindrucksvoll die Zeugnisse kubanischer Demokraten, die der Konferenz von der Insel aus zugeschaltet wurden. Der langjährige Gewissensgefangene Jorge Luis García

Pérey Antúnez schilderte die unmenschlichen Bedingungen in kubanischen Gefängnissen und die Kampagne der Nicht-Kooperation mit dem Regime, die gerade unter Gefangenen ein großes Echo gefunden habe. „Yo no coopero con la dictadura“ – die Verweigerung von Arbeitseinsätzen und Demutsgesten – habe sich über den Kreis der Gewissensgefangenen hinaus ausgebreitet und sogar zu Respekt bei den Sicherheitskräften geführt.

Der kubanische Menschenrechtler Omar López Montenegro stellte die Kampagne „Con la misma moneda – Nuestra moneda ... tiene PESO“ vor: Es werde von der kubanischen Bevölkerung als skandalös empfunden, dass das eigene Geld im eigenen Lande nichts wert sei und nur der Zugang zu Geschäften und zur Befriedigung wichtiger Grundbedürfnisse habe, der über Divisen bzw. konvertible Pesos verfüge. Dies sei klare Diskriminierung, die auch als solche wahrgenommen werde und der es mit konkreten Aktionen zu begegnen gelte. Über „kleine Siege“ und ein „kalkuliertes Risiko“ – dies habe schon der Kampf gegen Apartheid oder die Rassendiskriminierung in den USA gezeigt – steige das Selbstbewusstsein der Beteiligten und die Bereitschaft zum Engagement. Dabei gelte es, gerade die alltäglichen Bedürfnisse der Menschen über den „großen“ Themen nicht zu vergessen.

Janelle Gueits von der Studentenorganisation *Raizes de Esperanza* (www.raizesdeesperanza.org) schilderte das Engagement junger Exilkubaner in den USA und die Bedeutung, dem „Wandel ein Gesicht zu geben“: Nur über die Identifizierung mit konkreten Einzelschicksale gelinge Identifikation, so Gueits. Sie selbst sei zwar in den USA geboren, wie viele ihrer engagierten Mitstudenten, wünsche sich aber Freiheit und Wahlmöglichkeiten gerade auch für das Ursprungsland ihrer Familie. Der Aufbau von Verbindungen zu jungen Kubanern auf der Insel sei dazu ein wichtiger Schritt.

Wie wichtig es ist, die Lage auf Kuba und die kubanischer Demokraten möglichst hautnah zu dokumentieren, zeigte die Präsentation zwei aktueller Bücher durch Hen-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Landesbüro in Mexiko

Frank Priess

Juni 2007

[KAS-Länderberichte](#)

[Homepage KAS](#)

rik G. Ehrenberg vom „Internationalen christlich-demokratischen Zentrum“ Schwedens: „Kuba von innen betrachtet“ schildert die konkreten Erfahrungen auf der Insel und enthält ein ausführliches Interview mit dem Sacharow-Preisträger Oswaldo Payá (<http://www.kicsweden.org/Publikationer/Cubafromwithin.aspx>), das Buch „690 – Días de Horribles Pesadillas“ sind die aus dem Gefängnis geschmuggelten Schilderungen des Gewissensgefangenen Antonio `Tony´ Diay Sánchez.

Bei Kuba-Besuchen genau hinzuschauen ist auch das Anliegen einer aktuellen Publikation der *Solidaridad Española con Cuba*. Deren Kommunikationschefin Maria Ángeles Altozono stellte einen alternativen Reiseführer für die Insel vor, der gerade in der Tourismussaison internationale Besucher dafür sensibilisieren will, nicht nur die schönen Stränden, die freundlichen Menschen und die eindrucksvolle Altstadt Havannas zur Kenntnis zu nehmen. Hier finden sich auch konkrete Zugänge zu kubanischer Bürgerrechtlern und ihren Anliegen und detaillierte Hinweise auf das, was das Regime gern verschweigt, auf die „otra realidad cubana“ (www.solidaridadconcuba.com)

Internationale Solidarität übermittelten in ihren Beiträgen auch die ODCA-Vizepräsidentin für die Karibik, die dominikanische Abgeordnete Rafaela Albuquerque, ODCA-Generalsekretär Xavier Barrón (Peru) und der Vorsitzende der ODCA-Jugendorganisation Héctor Garrate von der PDC-Chiles.

Konkrete Initiativen

Die kubanischen ODCA-Parteien selbst dokumentierten vielfältig ihre politische Arbeit. Vorgestellt wurde dabei unter anderem die Initiative „Unidos por la Libertad“, die von insgesamt 70 Organisationen in Kuba und im Exil unterschrieben wurde. Zentrale Forderungen für einen friedlichen Übergang: Die Anerkennung der Menschenrechte auf der Insel, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Suche nach gemeinsamen friedlichen Lösungen.

Sacharow-Preisträger Oswaldo J. Payá nutzte seinen Beitrag zur Präsentation der Initiative „Campana Foro Cubano“, die auf die Unterschriftensammlungen des Varela-Projekts aufbaut. Eingebunden werden in den angestrebten nationalen Dialog – als Partner der kubanischen Zivilgesellschaft – sollen ausdrücklich auch die kubanische Regierung bzw. Repräsentanten des Parlaments. Das Ziel dabei sei klar, so Payá in der Erläuterung eines „Vierschritts“: Freilassung der Politischen Gefangenen, Gesetzesänderungen zur Garantie von Menschen- und Bürgerrechten, die Realisierung freier Wahlen und einer verfassungsgebenden Versammlungen und schließlich ein Aussöhnungsprozess, der niemanden ausschließt.

Diese Grundbotschaft prägte die Tage in Miami und ist sicher für die Zukunft eine gute Basis, die Schützengräben der Vergangenheit zu verlassen und einen demokratischen Transitionsprozess aktiv zu gestalten: in erster Linie zwischen den und allen Kubanern selbst, sicher aber auch unter hilffreier Einbeziehung internationaler Erfahrungen.